

Inflationsausgleich: Größter Sozialverband Niedersachsens fordert von Politik sozial gerechtes Handeln

Rentner*innen dürfen nicht vergessen werden

Das Bundeskabinett hat in diesem Jahr die Übernahme des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst für Beamt*innen beschlossen. Dies hat zur Folge, dass auch Pensionär*innen des Bundes eine Inflationsausgleichsprämie erhalten werden. Der SoVD in Niedersachsen kritisiert das Vorhaben als sozial ungerecht: Rentner*innen dürfen nicht schlechter gestellt werden und müssen ebenfalls eine Inflationsausgleichsprämie erhalten.

„Dass ehemalige Beamt*innen im Ruhestand finanziell bessergestellt werden als die Rentner*innen in Niedersachsen ist ein Unding und sozial völlig ungerecht“, fasst Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen die Problematik zusammen. Die Höhe der Inflationsausgleichsprämie für pensionierte Beamt*innen orientiert sich am Ruhegehaltsatz nach der Dienstzeit und wird bis zu rund 2.150 Euro betragen. Dieses Vorgehen sei den Menschen nicht zu vermitteln: „Bei uns haben sich zahlreiche Mitglieder gemeldet, die sich ungerecht behandelt fühlen und von der Politik enttäuscht sind.“ Denn: Ein Inflationsausgleich für Rentner*innen im Allgemeinen ist seitens der Politik nicht geplant. „Gerade denjenigen, die eine kleine Rente haben und unter den momentanen Preissteigerungen besonders leiden, würde eine Inflationsausgleichsprämie das Leben enorm erleichtern. Stattdessen unterstützt der Staat diejenigen, die in vielen

Fällen sowieso schon eine hohe Pension haben und sich keine finanziellen Sorgen machen müssen“, kritisiert Swinke. Aufgrund der massiven Ungleichbehandlung hat der SoVD in den vergangenen Wochen die Bundestagsabgeordneten der niedersächsischen Wahlkreise – von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU – angeschrieben. In den Briefen wurden die Politiker*innen aufgefordert, einem Inflationsausgleich für Pensionär*innen erst zuzustimmen, wenn es auch eine entsprechende Zahlung für Rentner*innen gibt.

„Die Resonanz der Bundestagsabgeordneten aller Parteien war leider einheitlich ablehnend“, berichtet der SoVD-Vorstandsvorsitzende. „Beinahe wortgleiches Argument war, dass Rentner*innen nicht mit Pensionär*innen zu vergleichen seien und die Auszahlung der Inflationsausgleichsprämie ausschließlich aufgrund des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst zustande kam und unter dem Verzicht auf weitergehende Tarifsteigerungen“, schildert

Swinke. So verwiesen etwa die SPD-Bundestagsabgeordneten in ihrem Schreiben auf das Alimentationsprinzip, „welches gleichermaßen die Besoldung während der aktiven Zeit wie die Versorgung im Ruhestand umfasst. Demgemäß entwickeln sich die Pensionen analog der Besoldung. Demgegenüber orientiert sich die Anpassung der gesetzlichen Rente jedes Jahr im Grundsatz an der Entwicklung der Löhne und Gehälter. (...) Da der erwähnte Inflationsausgleich eine freiwillige Leistung ist, sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Arbeitsverträge nicht durch einen Tarifvertrag geregelt sind, auf das Wohlwollen ihrer Arbeitgeber angewiesen.“

Die Bundestagsabgeordneten verwiesen zudem auf die vielen staatlich ermöglichten Entlastungen – wie Energiepauschale, Strom- und Gaspreisbremse, von denen auch Rentner*innen profitieren. Dies sei jedoch kein Argument, merkt Swinke an, denn von diesen Entlastungen haben



Foto: Irene / Adobe Stock

Die enormen Kostensteigerungen belasten vor allem Menschen mit kleiner Rente.

auch Pensionär*innen profitiert, die mit der beschlossenen Inflationsausgleichsprämie somit doppelt entlastet würden. „Eigentlicher Hintergrund dieser Argumentation ist, dass die Auszahlung einer Inflationsausgleichsprämie in der Höhe für Pensionär*innen an alle 20 Millionen Rentner*innen eine finanzielle Belastung in Höhe eines zweistelligen Milliardenbetrages bedeuten würde“, ist sich Swinke sicher. Die Bundesregierung hatte in den vergan-

genen Wochen schließlich in den Medien mitgeteilt, das Geld habe man nicht zur Verfügung.

„Das Messen mit zweierlei Maß ist sozial ungerecht und muss beendet werden“, fordert Swinke und resümiert: „Dieser Ungleichbehandlung kann langfristig nur mit einer solidarischen Lösung vorgebeugt werden. Deswegen setzen wir uns als SoVD für eine Erwerbstätigenversicherung ein, in die alle einzahlen – Arbeitnehmer*innen, Selbstständige genauso wie Beamt*innen.“

Pflege-Fachtag des SoVD mit Expert*innen, Landespolitiker*innen, Betroffenen und Interessierten

Wie sehen Konzepte für eine gute Pflege aus?

Die Pflege in Deutschland steht kurz vor dem Kollaps: Die Kosten für Pflegeheime explodieren, pflegende Angehörige sind überlastet und es herrscht ein enormer Fachkräftemangel. Es gibt also viel zu tun. Aber wie genau könnten entsprechende Maßnahmen aussehen? Diese Frage beleuchtete der SoVD in Niedersachsen bei seinem Fachtag „Was braucht Pflege? Konzepte und Lösungen für die Zukunft der Pflege“ in Hannover.

Über 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause von ihren Angehörigen versorgt. Ein entsprechend geringer Teil lebt

in einem Pflegeheim. Trotzdem gibt es im professionellen Pflegesystem erhebliche Probleme und Mängel. Diese werden

durch den demografischen Wandel künftig noch weiter zunehmen. Daher hatte der SoVD alle Interessierten zu einem offenen Fachtag eingeladen, um über Kritikpunkte zu diskutieren und Ideen und Lösungen zu entwickeln.

Neben einem Impulsvortrag der Pflegeberaterin Ina Hensiek, die das Pflege-Servicebüro im Ammerland leitet, gab es einen Fachvortrag der Professorin Dr. Martina Hasseler, der insbesondere das Gesamtsystem Pflege problematisierte. Auch die Betroffenenansicht kam nicht zu kurz: Moderatorin Stefanie Jäkel sprach im zweiten Teil der Veranstaltung mit jungen Pflegebedürftigen über ihre spezifischen Probleme und Bedürfnisse. Abgerundet wurde das Programm mit einer Diskussionsrunde zum Thema „Was brauchen Betrof-

fene und pflegende Angehörige?“, an der neben dem SoVD-Verbandsratsvorsitzenden Bernhard Sackarendt die Landtagsabgeordneten Andrea Prell (SPD), Tanja Meyer (Bündnis 90/Die Grünen) und Eike Holsten (CDU) teilnahmen.

Der Fachtag verdeutlichte, dass es zentral ist, Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen, in den Austausch zu gehen und gemeinsam an tragfähigen Lösungen zu arbeiten. Das derzeitige Konzept der Pflegeversicherung stand besonders in der Kritik. Diese ist schon immer als „Teilkaskoversicherung“ angelegt, zahlreiche Pflegeleistungen müssen von den Versicherten selbst getragen werden. Dabei wird einkalkuliert, dass Familienangehörige die Hauptlast der Pflege tragen sollen. Es braucht grundlegen-

de Reformen auf Bundesebene, die nicht weiter aufgeschoben werden dürfen. Aber auch das Land Niedersachsen ist in der Pflicht. Vor allem müssen unterstützende Maßnahmen und niedrigschwellige Angebote schnell umgesetzt werden, um Betroffene zu entlasten, etwa indem eine unterstützende Infrastruktur ausgebaut wird – zusätzlich zur pflegerischen Versorgung. Auch müssen die Anforderungen zur Gewährung des Entlastungsbetrags vereinfacht werden. Diese Forderung fand in der Diskussionsrunde bei den Vertreter*innen der Landespolitik fraktionsübergreifend Zustimmung.

Die SoVD-Forderungen für eine gute Pflege sind online im Positionspapier „Die Pflege brennt“ unter <https://bit.ly/46MZsDD> abrufbar.



Foto: Sara Masić

Auf dem Podium diskutierte der SoVD mit Landespolitiker*innen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU sowie einer Vertreterin des Vereins wir pflegen e.V.

„Internationaler Tag zur Beseitigung der Armut“ am 17. Oktober

Betroffenen dringend helfen

Keine Entwarnung in Sicht: Die Armutsgefährdung in Niedersachsen ist nach wie vor hoch und liegt sogar über dem Bundesdurchschnitt. Anlässlich des „Internationalen Tags zur Beseitigung der Armut“ am 17. Oktober fordert der SoVD in Niedersachsen deshalb ein konstatiertes Vorgehen, das alle Betroffenen gleichermaßen in den Blick nimmt.

Die Zahlen des niedersächsischen Landesamts für Statistik malen in punkto Armutsgefährdung ein düsteres Bild: Die Armut in Niedersachsen verfestigt sich und zwar in allen Bevölkerungsgruppen. Unter den Minderjährigen galt 2022 mehr als jede*r Fünfte als armutsgefährdet, bei den 18- bis unter 25-Jährigen sind es fast 25 Prozent. Wiederholt bestätigt hat sich 2022 auch, dass

die Armutsgefährdung im Alter überdurchschnittlich ausfällt: Die Armutsgefährdungsquote von 65-Jährigen und Älteren lag bei etwa 18 Prozent. Für den größten Sozialverband in Niedersachsen ein unhaltbarer Zustand. „Das ist in einem reichen Land wie Deutschland nicht hinnehmbar“, betont Dirk Swinke, SoVD-Vorstandsvorsitzender in Niedersachsen. Der Verband fordert deshalb von der Politik,

bei ihren Plänen alle Betroffenen zu berücksichtigen. „Es muss an vielen Stellschrauben gleichzeitig gedreht werden“, so Swinke.

Maßnahmen wie die Grundrente, die Erhöhung des Bürgergelds oder die Kindergrundsicherung seien zwar richtig und wichtig. „Sie sind aber bei Weitem nicht ausreichend. Vielmehr muss der Mindestlohn erhöht werden, ansonsten droht den Arbeitnehmer*innen Armut im Alter. Auch die Punkte günstiger Wohnraum und die kostenlose Nutzung von Bussen und Bahnen müssen angegangen werden“, erläutert Swinke. Es sei ein entschlossenes Gesamtverfahren statt einzelner Maßnahmen notwendig. „Eine einfache Lösung gibt es leider nicht. Aber die Probleme müssen jetzt angegangen werden, ansonsten sind immer mehr Menschen in Niedersachsen von Armut bedroht“, ist sich der Vorstandsvorsitzende sicher.



Foto: Sir_Oliver / Adobe Stock

Mit etwa 18 Prozent ist die Armutsgefährdungsquote bei älteren Menschen besonders hoch.

Online-Vortrag des SoVD im November

„Rente: Wann muss ich Steuern zahlen?“

Am Dienstag, 28. November, informiert der SoVD in einem digitalen Vortrag, ob und in welcher Höhe Rentner*innen Steuern zahlen müssen.

Vielen Rentner*innen ist nicht bewusst, dass auch Senior*innen steuerpflichtig sein können – dies hängt von verschiedenen Faktoren ab. Referent Dr. Jörg-Christian Hülper stellt diese Faktoren in seinem Vortrag vor und erläutert sie. Besprochen wird auch, was passiert, wenn man keine Steuererklärung abgibt, obwohl man eigentlich dazu verpflichtet ist. Dabei werden die Rechtsfolgen dargestellt und

erklärt, was man tun kann, um unangenehme Folgen für sich und Angehörige zu vermeiden. Der Vortrag findet am 28. November von 17 bis 18 Uhr über Zoom statt. Sowohl SoVD-Mitglieder als auch andere Interessierte können sich bis zum 24. November unter weiterbildung@sovd-nds.de dafür anmelden. Spätestens am Veranstaltungstag erhalten Teilnehmende einen Zoom-Link per E-Mail. Die Teilnahme ist kostenfrei. Themen und Termine der digitalen Vortragsreihe des SoVD sind unter www.sovd-nds.de abrufbar.



Foto: Yakobchuk Olena / Adobe Stock

Am SoVD-Vortrag können Interessierte kostenlos teilnehmen.

Neue SoVD-Podcast-Folge: Jetzt reinhören!

So bekommt man Unterstützung im Job

Menschen mit Behinderung haben es auf dem ersten Arbeitsmarkt meistens besonders schwer. Um ihnen den Einstieg in einen Job und auch ihre Tätigkeit zu erleichtern, gibt es zahlreiche Hilfsmittel zur Unterstützung. Das Problem: Häufig werden diese von Behörden oder Rentenversicherungsträgern abgelehnt. Das zeigt auch der Beratungsfall aus der neuen Podcast-Folge. Deshalb besprechen die beiden Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel, wie man sich als Betroffene*r trotz-

dem durchsetzen kann und wo man Hilfe findet.

Zu Gast sind dieses Mal Sarina Wassermann und Liliane Triebel von der Initiative „Diagnose: Arbeitsfähig“. Die beiden setzen sich mit ihrem Projekt für mehr Inklusion von Hochschulabsolvent*innen mit psychischer Erkrankung auf dem Arbeitsmarkt ein. Sie erzählen, wie man Betroffene unterstützen kann, was Arbeitgeber*innen ändern sollten und wann die Initiative helfen kann.

Mehr dazu unter www.sovd-nds.de/podcast.



Foto: Foto: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

Einmal im Monat gibt es eine neue Folge von „Kein Ponyhof“ auf allen gängigen Podcast-Plattformen.

Zahlreiche Pflegeheime weisen Mängel auf / SoVD fordert mehr politischen Einsatz

Qualitätsmängel beseitigen

Erschreckende Entwicklung: Aktuelle Zahlen des AOK-Pflegereports zeigen, dass die Versorgung von Menschen in Pflegeheimen deutschlandweit sehr unterschiedlich ist. Niedersachsen schneidet – gerade wenn es um Bewohner*innen mit Demenz geht – besonders schlecht ab. Der SoVD in Niedersachsen fordert daher von der Landesregierung mehr Einsatz für die Qualität in Pflegeheimen.



Foto: thodonat / Adobe Stock

Der SoVD fordert unter anderem transparente Informationen über schwerwiegende Mängel in Pflegeeinrichtungen.

Wer in einem Pflegeheim lebt, verlässt sich darauf, dass sie*er gut versorgt wird. Der aktuelle Pflegereport der AOK zeigt jedoch, dass Niedersachsen bei der Qualität der Einrichtungen in vielen Punkten hinterherhinkt. So kamen knapp fünf Prozent aller an Demenz erkrankten Bewohner*innen 2021 wegen unzureichender Flüssigkeitszufuhr ins Krankenhaus. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 3,8 Prozent. Den landesweit auffälligsten Wert stellte die

AOK dabei im Emsland fest (7,8 Prozent). Auch bei der Dauerverordnung von Antipsychotika bei Demenz nehmen einige Kreise in Niedersachsen einen höchst unrühmlichen Platz ein. Im Emsland erhalten 14,81 Prozent der Pflegeheimbewohner*innen eine entsprechende Dauermedikation. In Wolfsburg sind es 14,53 Prozent, in Oldenburg 14,12 Prozent und in der Grafschaft Bentheim 14,02 Prozent. Der bundesweite Durchschnitt liegt bei rund neun Prozent.

„Pflegebedürftige und ihre Angehörigen in Niedersachsen müssen darauf vertrauen, dass die Betreuung und Pflege in allen Einrichtungen flächendeckend gut und sicher gewährleistet wird. Laut den Zahlen ist das derzeit nicht gegeben“, kritisiert Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Die Kontrollen des Landes müssten hier viel weiter verstärkt werden. „Die Beschwerdestelle Pflege ist bereits eine wichtige Anlaufstelle für Betroffene. Das reicht aber noch nicht“, so Swinke. Aus Sicht des SoVD muss es vor allem Verbesserungen bei den Informationen zur Qualität von Pflegeheimen geben. „Allgemein zugängliche transparente Informationen über den Personalschlüssel oder schwerwiegende Mängel in Einrichtungen werden im Gegensatz zu anderen Bundesländern wie Hamburg oder Nordrhein-Westfalen nicht zur Verfügung gestellt. Hier muss im Rahmen einer gesetzlichen Regelung dringend nachgebessert werden“, fordert Swinke.

SoVD in Wolfenbüttel kommt beim Inklusionsfest mit Betroffenen und Expert*innen ins Gespräch

Erfahrungsaustausch über Inklusion

Sehr facettenreich beleuchtete der SoVD-Kreisverband Wolfenbüttel das Thema Inklusion beim gemeinsamen Sommerfest mit Deutschem Roten Kreuz, Arbeiterwohlfahrt, Lebenshilfe, der örtlichen Freiwilligen-Agentur und der Stadtverwaltung Wolfenbüttel. Der SoVD beteiligte sich mit einer inklusiv gestalteten Aktion an der Veranstaltung. Vor der St.-Marien-Kirche hatten die Ehrenamtlichen ein rotes Sofa aufgebaut, um mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Die Beiträge wurden von Gebärdensprachdolmetscherinnen übersetzt.

Schlagfertig, einfühlsam und mit Wortwitz interviewte der SoVD-Kreisvorsitzende Heinz Kaatsch auf dem Sofa während der Veranstaltung zahlreiche Betroffene, Angehörige sowie Expert*innen zum Thema Inklusion. Die im Rollstuhl sitzende Sonja Jussen schilderte, dass sie stets 36 bis 48 Stunden vor der Abreise ihren Zugplatz reservieren müsse, um mit der Deutschen Bahn fahren zu können. „Ich bin noch berufstätig und froh, einen Lift im Haus zu haben, ohne den ich meine Wohnung sonst nicht allein verlassen könnte“, fand Jussen auch Worte der Zuversicht. Sie könne Menschen mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen nur empfehlen, sich im Kampf um Unterstützung vom Sozialverband beraten und helfen zu lassen.

Als Vollblutmusiker bezeichnete sich auf dem Sofa ein Mann, der lediglich seinen Vornamen Heinrich nennen wollte. Er kritisierte, dass er als Mensch mit Behinderung keine staatli-

che Unterstützung bekomme, um seinen Beruf als Sänger und Pianist ausüben zu können. Ähnliches berichtete Can Düztag. Der junge redegewandte Rapper ist halbseitig gelähmt und engagiert sich vornehmlich für sozialpolitische Themen. Er bedauert, dass niemand ihm nach seinem Hauptschulabschluss auf dem Berufsweg Türen gezeigt und geöffnet habe.

Erst hatten Lothar Kniebel und sein Team von der Martial Arts Group Linden eine Kampfsport-Show geliefert, dann warb der Trainer: „Inklusion muss die Normalität werden“. Kniebel wünscht sich, dass in möglichst vielen Sportvereinen die Übungsleiterinnen und -leiter einen mindestens vierstündigen Inklusions-Grundkurs absolvieren, damit sie zum Beispiel Rollstuhlfahrer*innen oder Autist*innen Sportangebote unterbreiten können.

„Kopfsteinpflaster wie auf unserem Weihnachtsmarkt wird leider häufig zur Stolperfalle“,



Foto: Thomas Saalfeld

Heinz Kaatsch (re.) sprach auf der roten Couch mit ganz unterschiedlichen Menschen über ihre Erfahrungen mit der Inklusion.

kritisierte Janine Böttcher. Die Geschäftsführerin des Beirats für Menschen mit Behinderungen beim Landeskreis Wolfenbüttel regte an, dort entweder Platten zu verlegen oder wenigsten Teppichbahnen auszurollen, um Gefahren zu minimieren. Ihr Beirat untersucht unter anderem Bushaltestellen und andere Orte auf deren Barrierefreiheit. Generell gilt für die Projektleiterin In-

klusion: „Barrieren müssen nicht nur auf Wegen, sondern auch aus den Köpfen der Menschen verschwinden.“ Den Beifall für diese und so viele andere Kernaussagen, übersetzten die beiden Gebärdensprachdolmetscherinnen Cornelia Berge und Irma Eggert. Sie sorgten dafür, dass Hörgeschädigte bei diesem insgesamt vierstündigen Erfahrungsaustausch nicht im Abseits standen.

EHRENAMT

Starke Vernetzung im Heidekreis

Der SoVD-Kreisverband Heidekreis hatte zu seiner Kreisarbeitstagung Gäste geladen: Den 1. Vorsitzenden des Seniorenbeirats Karl Beck sowie Vertreter*innen des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB). Beck bekräftigte auf der Veranstaltung die Wichtigkeit der gemeinsamen Zusammenarbeit und schilderte unter anderem das Problem der ärztlichen Versorgung im Heidekreis. Julia-Marie Meisenburg vom ASB stellte das Projekt „Wünschewagen“ vor, mit dem schwerkranken Menschen letzte Herzenswünsche erfüllt werden. Der SoVD nutzte seine Veranstaltung, um für dieses ehrenamtlich getragene Projekt zu spenden.



Foto: Hans-Joachim Krämer

WHATSAPP-BERATUNG

Jetzt vormerken: November-Termin

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde.

Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächste WhatsApp-Sprechstunde findet am Dienstag, 21. November, von 17 bis 18 Uhr statt. Die regelmäßigen Termine werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.



Foto: Stefanie Jäkel

Tag der Ehrenamtlichen: Landesregierung würdigt Engagement

SoVD-Engagierte ausgezeichnet

Anlässlich des Tags der Ehrenamtlichen aus dem Bereich des Amtes für regionale Landesentwicklung Lüneburg hat die niedersächsische Landesregierung Bürger*innen für ihr Engagement ausgezeichnet. Die Festveranstaltung fand am 16. September in Walsrode statt. Unter den Geehrten war Dagmar Scheffczyk, 2. Vorsitzende des SoVD-Kreisverbands Harburg-Land und SoVD-Vorsitzende in Stelle.

Die Ehrungen nahmen Ministerpräsident Stephan Weil, Wirtschaftsminister Olaf Lies und Kulturminister Falko Mohrs vor. Lies würdigte in

seiner Laudatio Scheffczyks Einsatz als 1. Vorsitzende im Arbeitskreis für ältere Bürger*innen der Gemeinde Stelle sowie als 1. Vorsitzende im SoVD in Stelle und auf Kreisesebene in Harburg-Land, wo sie für hilfsbedürftige Menschen immer ein Ohr habe.

Ebenso begrüßte er ihre Bereitschaft, Kindern in der Gemeindebücherei Stelle mit Hilfe des Bilderbuchkinos das Buch näher zu bringen. Scheffczyks Engagement in der Chorgemeinschaft Elbdeich e.V. Winsen/Luhe und ihre Teilnahme an dem Kirchenchor „Cantiamo“ hob Lies ebenfalls hervor.



Foto: Daniela Patricia Roesler

Der Niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies sprach die Laudatio auf Dagmar Scheffczyk und würdigte ihren Einsatz.

„GEMEINSAM STATT EINSAM“



Foto: olly / Adobe Stock

Gemeinsames Forderungspapier gegen Einsamkeit veröffentlicht

42 Prozent der Menschen in Deutschland fühlen sich einsam. Das Problem: Einsamkeit kann direkte Auswirkungen auf die Gesundheit und die Teilhabe haben. Deshalb hat der SoVD unter Federführung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Niedersachsen und mit anderen Sozial- und Wohlfahrtsverbänden ein gemeinsames Forderungspapier entwickelt.

„Das Land und die Kommunen können viel im Kampf gegen Einsamkeit tun. Es muss nur koordiniert angegangen werden“, so Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Das gemeinsame Papier der Verbände mit Forderungen und Vorschlägen ist unter <https://bit.ly/48P4hOt> abrufbar.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sov-d-nds.de

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Seit Juli können Rentenversicherte selbst Rehaeinrichtungen vorschlagen

Wahlrecht für Reha reformiert

Möchten sie eine Reha antreten, haben Leistungsberechtigte ein Mitspracherecht, wenn es etwa um den Beginn der Maßnahme oder um die Rehaklinik geht. Dieses sogenannte Wunsch- und Wahlrecht wurde reformiert. Seit Anfang Juli 2023 können Versicherte, die eine Reha über den Rentenversicherungsträger beantragen, selbst Rehaeinrichtungen vorschlagen.

Um ihren Gesundheitszustand zu verbessern sowie einer Behinderung oder Pflegebedürftigkeit vorzubeugen, können Betroffene beispielsweise nach einer Operation, einem Schlaganfall oder bei Long Covid einen Antrag auf eine stationäre oder eine ambulante Reha stellen. Je nach beruflicher Situation und Ursache der vorliegenden Erkrankung sind unterschiedliche Träger für die Kostenübernahme zuständig. Für Rehabilitationsmaßnahmen, die beim Rentenversicherungsträger beantragt werden müssen, wurde im Juli das Wunsch- und Wahlrecht reformiert. „Davon profitieren vor allem Erwerbstätige, die in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sind. Bisher hatten sie unter anderem ein Mitspracherecht, wenn darum ging, in welcher Klinik sie eine Reha antreten möchten. Ab sofort können Antragstellende dem zuständigen Träger der Rentenversicherung darüber

hinaus auch Rehaeinrichtungen vorschlagen“, informiert Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. „Dieser prüft anschließend, ob die vorgeschlagenen Kliniken die notwendigen medizinischen Kriterien und Qualitätsstandards erfüllen und entscheidet dann über Bewilligung oder Ablehnung des Antrags.“

Interessierte können unter www.meine-rehabilitation.de qualitätsgesicherte Einrichtun-

gen finden und vorhandene Angebote vergleichen. „Wird das Wunsch- und Wahlrecht nicht in Anspruch genommen, bekommen Versicherte Vorschläge zugesandt, aus denen sie innerhalb von 14 Tagen auswählen können“, weiß Lorenz.

Für weitere Fragen rund das Thema Reha stehen die Berater*innen des SoVD niedersachsenweit gerne zur Verfügung.



Foto: Krakenimages.com / Adobe Stock

Verschiedene Angebote und Reha-Einrichtungen können unter www.meine-rehabilitation.de verglichen werden.

Digitale Veranstaltung zum fünfjährigen Bestehen der EUTB®

„Psychische Gesundheit für alle?!“

In diesem Jahr feiern die elf Beratungsstellen der EUTB® (Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung) in der Trägerschaft des SoVD in Niedersachsen ihr fünfjähriges Bestehen. Aus diesem Anlass findet am Mittwoch, 29. November, von 16 bis 18.15 Uhr die digitale Veranstaltung „Psychische Gesundheit für alle?! Folgen mangelnder Inklusion und Teilhabe“ statt.

Laut des Dritten Teilhabeberichts haben Menschen mit Behinderung häufiger depressive Symptome als Menschen ohne Behinderung. Hürden im Zugang zur Gesundheitsversorgung und Diskriminierung schränken die Lebensqualität ein und erhöhen das Risiko für behinderte Menschen, psychisch zu erkranken. Die Corona-Pandemie hat zusätzlich zu einer Verschärfung im Bereich der Versorgung psychisch erkrankter Menschen geführt. Von psychischer Gesundheit für alle kann daher keine Rede sein.

Anlässlich des fünfjährigen Bestehens der EUTB®-Beratungsstellen in Trägerschaft

des SoVD in Niedersachsen soll die Thematik in einer digitalen Veranstaltung beleuchtet werden. Expert*innen aus Wissenschaft und Beratungspraxis diskutieren gemeinsam mit Betroffenen zentrale Zusammenhänge, die die psychische Gesundheit bei Behinderung beeinträchtigen. Dazu gehören etwa fehlende Zugänge zur Gesundheitsversorgung, mangelnde Teilhabechancen und Diskriminierungserfahrungen. Teil der Veranstaltung sind Impulsvorträge der Diversitätssoziologin Prof. Dr. Elisabeth Wacker sowie der Psychologin und Aktivistin Charlotte Zach. Ausgehend von der Diskussion der Missstände sollen politische Forderungen formuliert werden, um notwendige Veränderungen anzustoßen.

Die Veranstaltung ist offen für alle Interessierten und kostenfrei. Anmeldungen werden bis zum 26. November unter sozialpolitik@sovd-nds.de entgegengenommen. Unterstützungsbedarfe können dort gerne im Vorfeld mitgeteilt werden.

Sackarendt fordert mehr Einsatz im Kampf gegen Einsamkeit

Veranstaltung in der Grafschaft Bentheim

Im Rahmen einer Informations- und Unterhaltungsveranstaltung des SoVD-Kreisverbands Grafschaft Bentheim wies der Verbandsratsvorsitzende des niedersächsischen SoVD, Bernhard Sackarendt, auf die Notwendigkeit hin, Einsamkeit und Isolation wirksam zu bekämpfen.

Rund 185 Mitglieder waren der Einladung des Kreisverbands gefolgt. Gastredner*innen der Veranstaltung waren die stellvertretende Landrätin Charlotte Ruschulte und Bernhard Sackarendt. Ruschulte ging in ihrer Ansprache auf die Situation der Pflege in der Grafschaft Bentheim ein. Sie er-

läuterte Maßnahmen, die vor Ort umgesetzt werden, um die Versorgung zu verbessern und pflegende Angehörige zu entlasten. Zudem werde der Landkreis das Projekt „Regionales Landeskompetenzzentrum“ weiterführen.

Sackarendt dankte den ehrenamtlich engagierten SoVD-Mitgliedern für ihren Einsatz, der auch dazu beitrage, Einsamkeit zu bekämpfen, die sehr viele Menschen betreffe. Vor allem sei Armut ein Risikofaktor für Einsamkeit. Besondere Anstrengungen, um verschiedenen Einsamkeitsfaktoren entgegenzutreten, forderte Sackarendt von der Politik.



Foto: Heinrich Schepers

Organisator*innen und Ehrengäste beim SoVD-Treffen in der Grafschaft Bentheim.

BRAUNSCHWEIG

Kostenloser Wintermarkt

Die Lebensmittel-Preise sind weiter hoch und auch die Mieten und die Energiekosten sind stark gestiegen. Dem will der SoVD in Braunschweig etwas entgegenzusetzen. Deshalb veranstaltet der Verband am Samstag, 18. November 2023, von 11 bis 15 Uhr einen kostenlosen Wintermarkt vor dem Begegnungszentrum Stadtpark in der Jasperallee 42. Es werden Lebensmittel-Pakete an die Besucher*innen verschenkt – so lange der Vorrat reicht. 150 dieser Pakete stehen bereit. Auch für das leibliche Wohl wird kostenlos gesorgt.

„Wir haben von den Lebensmittel-Lieferanten große Rabatte erhalten, weil sie die Aktion unterstützen wollten. Aber bei 150 Paketen war die Grenze erreicht. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“, sagt Reiner Knoll, 1. Vorsitzender des SoVD-Kreisverbands Braunschweig. Bereits 2022 hatten die SoVD-Ehrenamtlichen in Braunschweig einen Wintermarkt organisiert.

SoVD in Wilhelmshaven stellt sich vor

Einblicke beim „Tag der offenen Tür“

Der SoVD-Kreisverband Wilhelmshaven hatte alle Interessierten zu seinem diesjährigen Tag der offenen Tür eingeladen. Von 11 bis 17 Uhr öffnete das SoVD-Beratungszentrum seine Türen und ermöglichte Besucher*innen einen spannenden Einblick in die Arbeit und das Engagement des Verbands.

Dieser Rahmen bot eine gute Gelegenheit, um den SoVD näher kennenzulernen und sich über seine zahlreichen Aktivitäten zu informieren. Neben SoVD-Mitgliedern und deren Familien fanden sich auch viele interessierte Bürger*innen ein, die sich für soziale Themen

und den gemeinnützigen Einsatz des SoVD interessieren. Besonders geschätzt wurde die Möglichkeit, persönlich mit Mitarbeitenden des SoVD zu sprechen. Das Team stand Besucher*innen mit Rat und Tat zur Seite und beantwortete alle Fragen zur Arbeit des Verbands. Die offene Atmosphäre trug dazu bei, dass sich die Menschen gut aufgehoben fühlten.

Darüber hinaus gab es ein Rahmenprogramm für Familien, Kaffee, Kuchen und kleine Preise beim Glücksrad. Der Erlös der Veranstaltung wurde dem Verein Schlüsselblume e.V. gespendet.



Foto: SoVD-Kreisverband Wilhelmshaven

Das engagierte Team des SoVD in Wilhelmshaven zusammen mit der stellvertretenden SoVD-Verbandsratsvorsitzenden Hildgard Hinderks (2.v.r.).